



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Sozialausschuss  
- L 212 -

Kiel, 27. März 2012  
Landeshaus  
Tel. (0431) 988 1144  
(0431) 988 1152  
Fax (0431) 5300 4 1180  
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

## ***Kurzbericht (neu)***

*über die*

### ***41. Sitzung des Sozialausschusses***

*am Donnerstag, 15. März 2012,  
im Sitzungszimmer 122 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss schloss sich dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an und empfahl mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP, [Drucksache 17/2191](#), Entwurf eines Gesetzes über den **Vollzug der Therapieunterbringung in Schleswig-Holstein - Therapieunterbringungsvollzugsgesetz - (ThUVollzG)** sowie **Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes**, anzunehmen.

Zu den vorliegenden Anträgen zum Thema **Menschenrecht auf medizinische Versorgung auch für Menschen ohne Papiere**, Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, [Drucksache 17/2282](#) (neu), und Änderungsantrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/2313](#), schloss sich der Ausschuss dem Verfahren des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Zu den vorliegenden Anträgen zu den Themen **Mindestlohn** beziehungsweise **Lohnuntergrenzen** fasste er - vorbehaltlich eines Votums des beteiligten Wirtschaftsausschusses - folgende Beschlüsse:

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, **Fairness auf dem Arbeitsmarkt - Existenzsichernden Mindestlohn jetzt einführen**, [Drucksache 17/2009](#), empfahl der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktion DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW zur Ablehnung. Zur Ablehnung empfahl der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Fairness auf dem Arbeitsmarkt - Mindestlohn jetzt einführen**, [Drucksache 17/1958](#) (neu). Er lehnte ebenfalls den Änderungsantrag der Fraktion des SSW, **Lohnuntergrenzen**, [Drucksache 17/1994](#), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktion des SSW bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE ab. Zur Annahme empfahl er mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, **Lohnuntergrenzen**, [Drucksache 17/1977](#).

Ebenfalls unter dem Vorbehalt des Votums des beteiligten Wirtschaftsausschusses fasste der Ausschuss folgende Beschlüsse:

Der für selbstständig erklärte Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, **Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente auf Bundesebene**, [Drucksache 17/1833](#), empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Annahme. Zur Ablehnung empfahl der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW den für selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktionen von SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Soziale Ausrichtung und finanzielle Grundlagen der Arbeitsförderung sichern**, [Drucksache 17/1821](#) (neu) - 2. Fassung -, sowie mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Fraktionen DIE LINKE und SSW bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag der Fraktion DIE LINKE, **Soziale Ausrichtung und finanzielle Grundlagen der Arbeitsförderung sichern**, [Drucksache 17/1771](#).

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und SSW bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE empfahl der Ausschuss dem Landtag den Gesetzentwurf der Landesregierung zu dem **Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts**, [Drucksache 17/2249](#), zur Annahme.

Ebenfalls zur Annahme empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Regierungsfraktionen bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen den Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Zweiten Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten**, [Drucksache 17/2250](#).

Jeweils mit den Stimmen der Regierungsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen schloss sich der Ausschuss dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an und empfahl die Ablehnung des Antrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, **Erhalt der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 47 f der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/966](#) (neu) - 2. Fassung -, sowie des Antrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, **Erhalt der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/967](#) (neu).

Zum Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Einheitliche Standards für einen besseren Schutz von Pflegekindern**, [Drucksache 17/2259](#) (neu), beschloss der Ausschuss, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführerin bis zum 16. März 2012 benannt werden. Als Frist bis zur Abgabe der Stellungnahmen wurde der 10. April 2012 festgelegt.

Zur Ablehnung empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Regierungsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, **Betreuungsgeld stoppen**, [Drucksache 17/2273](#) (neu).

In nicht öffentlicher Sitzung behandelte der Ausschuss eine **Petition**.

Folgende Punkte stellte der Ausschuss bis zu seiner Sitzung am 19. April 2012 zurück:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des § 6 b Bundeskindergeldgesetz**  
Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 17/2159](#)
- **Rentenkürzung nicht zulassen - Rente mit 67 zurücknehmen!**  
Antrag der Fraktion DIE LINKE, [Drucksache 17/2189](#)
- a) **Demenzplan für Schleswig-Holstein erstellen**  
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, [Drucksache 17/1888](#) (neu) - 2. Fassung -  
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, [Drucksache 17/2005](#) (selbstständig)
- b) **Bessere Anerkennung und Rahmenbedingungen in der Pflege**  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 17/1963](#) (neu)  
Änderungsantrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/2007](#) (selbstständig)
- **Künstliche Befruchtung ermöglichen**  
Antrag der Fraktion DIE LINKE, [Drucksache 17/1863](#)

Schluss: 15:20 Uhr

gez. Petra Tschanter